

# Dresdener Volkszeitung

Vollständiges: Dresden  
Robert & Co., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Amthor, Dresden  
und Sächsischer Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Wegzugspreis einschließlich Frachtpreis mit den wöchentlichen Beilagen  
Nach der Arbeit und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.  
Einselnummer 10 P.

**Schriftleitung:** Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

**Anzeigenpreis.** Grundpreise: die 29 mm breite Kompletzreihe 30 P., die 60 mm breite Kompletzreihe 1,50 P., für ausserordentliche Anzeigen 35 P. und 2 P. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote 40 Proz. Rabatt. Für Briefbeantwortung 10 P.

Nr. 119

Dresden, Mittwoch den 26. Mai 1926

37. Jahrg.

## Frauen, ihr entscheidet!

Von Marie Arning, Magdeburg.

Der Reichstag hat das Gesetz über die Fürstenerhebung für das 12 1/2 Millionen Staatsbürger einmündigen und mit 39 Stimmen abgelehnt. Die geradegerichteten Abgeordneten sind überhand der Ansicht, daß die unverstärkten Forderungen des Hauptausschusses von der Reichstag abgelehnt werden. Sie haben die Forderung eines Gesetzes, das die Abstammungsansprüche auf ererblicher Basis regeln sollte, verhindert.

### Hier hat das Volk das Wort!

Zum ersten Male wird in Deutschland von dem Mittel der Reichsregierung durch Volksabstimmung Gebrauch gemacht. Frauen, begreift ihr, welche Macht uns das demokratische Wahlrecht in die Hand gegeben hat? Denkt ihr daran, welche Aufgaben hier vor uns liegen? Ich denke nur an den Acht Hunderttausend und andere soziale Probleme, die durch die Starrköpfigkeit der Kapitalisten nicht gelöst werden können. Der Volksentscheid wird eine Strafrecht sein. Er wird uns oder auch zeigen, ob und inwieweit er auch bei anderen Forderungen für Republik und Arbeiterwohl angewendet werden kann.

Die Fürsten, die ganz genau wissen, wie ungeheuer groß die Not in unserm Lande ist, fordern Milliarden für sich. Sie, die wissen, daß ein Meer von Arbeitslosen bei der ständigen Unterdrückung mit ihren Aranen und Wunden der Welt vorliegt, die von dem schrecklichen Hunger und Kältegeplagten der deutschen Kinder wissen, die auch sicher trostlos gehen haben müssen, daß in Deutschland 9 Millionen Betten fehlen und das Wohnungschaos zum Himmel schreit. Sie legen hier einen kranken Egoismus bloß. Der auch der letzten Frau die Augen öffnen müßte. Ein Vergleich mit dem eigenen Leben, in dem Not und Sorge ständiger Gast sind, müßte genügen, um jede Frau zu einer glühenden Fürsprecherin für den Volksentscheid zu machen. Das soziale Elend erklärt sich durch die Förderung der Entseignung der Fürsten. Wir sind ein armes Volk, durch Krieg und Kriegesfolgen mit tausend Banden geschlagen, wir Frauen müssen die Förderung nach der Entseignung der Fürsten für unser armes Volk erheben.

### Frauen, auf euch kommt es an, ob wir siegen!

Man wird von der nationalistischen Seite verlangen, die Abstammungen zurückzuführen. Man wird den Frauen das Können von der Sozialisierung aufweisen. Man wird einwenden, daß Wilhelm II. in Doorn Hunger leiden muß, wenn die Vererbung ihm einleuchtet. Das, was er braucht und viel mehr, liegt auf der Bank in Holland. Frauen, glaubt den Gegnern nicht, laßt einen Verstand sprechen!

Ihr tragt eine große Verantwortung. 3 1/2 Millionen mehr Frauen als Männer gibt es in Deutschland. Hier leben nur die Gegner der Republik vom Frauenwahlrecht Nutzen eingeholt, immer zum Schaden der Frauen selbst. Den Dank erhalten die Wählerinnen in der Ablehnung aller Forderungen von Frauenrechten. Immer wieder weisen wir Sozialdemokraten auf diese Tatsache hin. Wir wollen die Frauen zum Denken bringen und zu der Erkenntnis, daß in der Sozialdemokratischen Partei Schutz und Förderung der Gleichberechtigung der Frau zu finden ist.

Es geht bei dieser Entscheidung um mehr als um Rettung der Willkür für den Staat. Es geht um Sein oder Nichtsein des Volkstaates, der Republik überhaupt. Die Klänge der Vergangenheit haben nur ein Ziel: Verleugung der freien, demokratischen Verfassung und damit Abschaffung aller Volksrechte und Wiederaufrichtung des Absoluten. Auf dessen Spitze der Werners als Autokratie steht. Volksermögen, den Fürsten als Hofhaltung gegeben, soll die dazu notwendigen Mittel hergeben. Zellen mit Volkswirtschaft Schwarz Reichswehren, die als Organisationen und Geheimbünde unterhalten werden, die den Boden der Republik unterminieren? Frauen, das darf nicht geschehen! Kämpft mit, ihr kennt es verhindern. Weht in die Wohnungen zu den Schwestern und Leidensgenossinnen. Jede Frau sei eine wehende Kraft für den Volksentscheid.

### 20 Millionen Stimmen sind notwendig.

Das bedeutet die Aufhebung aller Frauenrechte. Es gibt in der Geschichte zahlreiche Beispiele, in denen Frauen und Frauenkraft Großes leisteten. Auch die Geschichte unserer Zeit wird einst Zeugnis ablegen, ob die Frauen es verhindern haben, mitzuwirken am Aufbau einer gesünderen, lichtereren Zukunft.

## Der Budapester Prozeß

Von unserm ungarischen Mitarbeiter

N. Budapest, 21. Mai.

Der Ungarische Prozeß geht zu Ende. Das Urteil ist entfallen noch nicht gesprochen. Welche Strafen die Angeklagten bekommen, ist ebenso gleichgültig wie die Tatsache war, wer von den Schuldigen angefaßt wurde. Daß Graf Teleki, Bischof Szarwecs, Ministerpräsident Petelen nicht unter den Angeklagten sind, daß Gortun nicht bestraft werden durfte, war ja von vornherein selbstverständlich bei dem System, das in Ungarn an der Macht ist. Aber über das fernere Schicksal des Bischofsgräfin und seiner Witwenfrauen braucht man sich keine großen Sorgen machen zu lassen. Das den 24 Angeklagten und namentlich ihren Führern nicht allzuviel geübt wird, dürfte schon dadurch gesichert, daß der Ministerpräsident Petelen nicht allzuviel geübt wird, dürfte schon dadurch gesichert, daß die Angeklagten nicht allzuviel geübt werden und einander auch nicht allzuviel befehlen dürfen.

### Die Geheimnisse der Gegenrevolution

Darüber ist nicht mehr zu sagen, als schon andre schon sagen, mindestens nicht mehr als unbedingt notwendig war, um sich die nötigen Willkürgründe zu verschaffen und sich den alten Glauben anzubilligen; und vor allem nicht mehr, als daß die beidseitigen Kandidaten es ruhig obliegen können. Dieses faktuelle Ziel wurde namentlich mit der Aktion des Ministerpräsidenten Graf Petelen getrieben werden, von dem es offenkundig und durch die Aussagen der Kandidaten erhärtet ist, daß er in die Pläne eingeweiht war. Es mußte verhindert werden, daß in öffentlicher Verhandlung der volle Beweis seiner Mitschuld erbracht würde. Und gleichzeitige mußten die Angeklagten doch die Möglichkeit haben, ihn so weit zu beindlichen, daß ihnen der Entschuldigungsgrund aber doch ungenügend der Widerlegungsgrund des guten Glaubens, bei ihren Verbänden die Bestätigung der höchsten Staatsbehörde erfüllt zu haben, zugebilligt werden kann. Es sollte also einerseits Petelen nicht so kompromittiert werden, daß keine Stellung gegenüber dem Ausland erschütter würde; aber es sollte andererseits eine Atmosphäre geschaffen werden, die dem Gericht die Möglichkeit gibt, die Angeklagten zwar objektiv für schuldig zu erklären, aber subjektiv ihre Verantwortlichkeit mit dem Argument, daß sie annehmen konnten, der Ministerpräsident hätte ihre Taten, entweder auswärtigen oder einwärts, sie also zumindest mitleid zu befragen. Wieviele braucht man nicht zu fürchten, daß der Verfolger selbst wenn er sich für sie öffnen sollte, für sie straflos sein wird als das Unterdrückungsgefangnis, das sich für sie von einem Aufenthalt in einer privaten Erholungsstätte auch nicht untersuchen hat.

Wenn das Urteil, das der Gerichtshof fällen wird, von geringem Interesse ist, so bleibt um so interessanter, was der Prozeß über die

### politischen und sozialen Hintergründe der Notstandshung

enthüllt hat. Da hat der Prozeß den unmittelbaren Zweck erreicht, daß die Frauensituation nur eine Episode in dem Kampf zwischen Revolution und Gegenrevolution darstellte. Ganz offen haben es die Angeklagten und die Jurgen zugegeben, daß es sich bei der Fällung der französischen wie der tschechischen Annahmen darum handelte, die Gegenstände im Lager der Gegenrevolution zu befestigen. Natürlich mußte Petelen beitreten, etwas von den Franzosen zu erwarten zu haben. Aber er erwiderte, daß ihm keine Willkür an einer Unterredung am 11. Juni 1923 den Plan einwirkte, die irredentistischen Aktionen zusammenzufassen und die Gegenfrage in der Königsfrage zu überbrücken. Diese Gegenfrage im Lager der ungarischen Gegenrevolution bestritten darin, daß die hohe Aristokratie Leaktivitäten, alle für die Unzufriedenheit des Offizierskorps Garbaitis, alle für die Fortdauer der Reichsverweserei, und dazu kommen tritt eine dritte Gruppe für die Kandidatur des Erbprinzen Albrecht ein, als eines nationalen Mannes, der die Nation des Ungarischen Königreiches aufrecht erhalten soll. Angeblich dieser Lasten ist in der Jugendansage des Ministerpräsidenten das Bekenntnis zu sehen, daß es sich bei den Franzosen um die Erhaltung der Herrschaft der Gegenrevolution handelt.

Noch deutlicher wird das, wenn wir im Zusammenhange damit die Jugendansagen der andern nichtanklagten Mitgeschulden betrachten. Daß

### die Fäden zu den deutschen Palenkreuzern und zu ihren Geldgebern, der deutschen Schwerindustrie zu ziehen,

war schon durch die Person des Artur Schause und durch die Beziehungen zu deutschen Papierfabriken wahrheitlich. Noch deutlicher wurde das durch die Aussage des Abgeordneten Gitz, der einer der Vordenkführer der Gegenrevolution war. Der ursprüngliche Plan war damals, die fasschen Notizen der deutschen Schwerindustrie zu übergeben, die sie im Ruhrgebiet verwenden sollten. Natürlich ist auch hier der irredentistische Zweck nur die Kulis, hinter der die Geheimnisse der Gegenrevolution verborgen werden sollen. Ganz offenkundig wird aber dieser Sinn des Komplotts durch die Mitteilungen die der erste Minister der Gegenrevolution, Stephan Friedrich, als Junge über die Finanzierung des Wunderrats in das Ruhrgebiet mit dem Erlös der Fällung der

## Ein eigenartiges Koalitionsexperiment

F. Brühl, 24. Mai.

Die Regierungskrise ist beendet, das Kabinett Zolpax ist im Sattel. Man kann sich nunmehr Rechenschaft geben, was dieser Regierungswechsel in politischer und sozialer Beziehung zu bedeuten hat.

Der Sturz der Regierung Bonstet-Bandenselbe stellt den fast einzigartigen Fall dar, daß eine Regierung, die im Parlament über eine sichere Mehrheit verfügt und zweifellos auch das Vertrauen der großen Mehrheit des Volkes genießt, ausbleiblich von mehr oder weniger unzufriedenen außerparlamentarischen Kräften zur Strecke gebracht wird. Es waren die Finanzkrisis, unterstützt von der ihnen ergebenden kapitalistischen Presse, die die von früheren Regierungen ererbten finanziellen Schwierigkeiten des Staates in struppelsteifer Weise aufzuzählen und auf die Spitze trieben, um die ihnen verhasste demokratisch-sozialistische Regierung zu stürzen. So sehr Regierung und Kammermehrheit entschlossen waren, dem Angriff zu widerstehen, sie mußten schließlich dem Druck der dunklen Gewalten, die aus bestem Verstand die furchtbare Masse der irredentistischen Balutagerführung hinhieben, weichen. Der belgischen Demokratie ist unversehlich die Lehre eingepreßt worden, daß die formale politische Macht nicht genügt, daß sie sich nur behaupten kann, wenn sie auch die finanzielle und wirtschaftliche Macht erobert.

Eine wirklich ironisches demokratische Finanz- und Steuerpolitik hätte die Frankfurter wohl lösen können, aber einer solchen Politik stand die Zusammenfügung der Regierung doch im Wege. So mußte sie sich mit den finanziellen Stimmereien des Finanzministeriums begnügen, dessen schwachhundertstabiler Stabilisierungsplan scheiterte. Als die Inflation nicht zu bannen war, war auch die Regierung nicht mehr zu halten.

An Stelle der sozialistisch-christlich-demokratischen Koalition, die die Liberalen und die konservativen Katholiken als Opposition gegen sich hatte, trat eine Regierung der sogenannten nationalen Einigung, eine Regierung der drei großen Parteien, die im Parlament mit keiner Koalition, ausgenommen etwa die der zwei Kommunisten und der vier säkularen Frontisten, zu rechnen haben wird. Der

Einfluss der Sozialisten ist sowohl zahlenmäßig wie nach der Persönlichkeit ihrer Vertreter in der neuen Regierung ebenso stark wie in der alten. Aber an Stelle der jenseitigen Bürgerlichen sind jetzt die fröhlichsten Gegner der Sozialisten getreten. Die Frage, ob die Sozialisten bei ihrer unerwünschten Nachstellung in Parlament diesen Wechsel ruhig hinnehmen und in die Regierung Zolpax eintreten sollten, wurde in Parteireiseln leidenschaftlich erörtert. Die Partei entschloß sich schließlich zu diesem Schritt, in der Hauptsache aus folgenden Gründen: Man konnte sich über die bittere Erkenntnis nicht hinwegsehen, daß man kein sicheres Mittel zur Eindämmung der Frankfurter an der Hand hatte, wenn das niederrückliche Treiben der Finanzkrisis und ihrer Presse nicht abgestellt wurde. Dazu war es aber notwendig, gerade die Führer dieser Finanzkrisis sowie die ihnen nahestehenden Liberalen mit zur Verantwortung heranzuziehen. Dem Vorschlag, diesen Herren doch einmal die ausschließliche Verantwortung zu überlassen, stand die Erwägung gegenüber, daß dies veranlasst die Erholung der belgischen Kräfte erschweren würde. Erholte sich aber der Frankfurter bei einer sozialistischen Regierung, dann hätten die konservativen Parteien allen politischen Vorteil davon eingeleitet. Ging der Frankfurter weiter, dann hätte man beispielhaft, die Sozialisten hätten durch ihre Verweigerung der Mitarbeit die Erholung der Währung verhindert.

Was kommen wird, läßt sich nicht leicht vorauszagen. Die sozialistischen Schritte werden der neuen Regierung sicher etwas mehr Zuneigung entgegenbringen als der alten. Das mag dem Frankfurter einigermaßen zugute kommen. Aber auf die Dauer hängt natürlich alles vom Finanzprogramm der Regierung ab, und das ist vorläufig noch in vollkommenem Dunkel gehüllt. Kein Mensch kennt das Zaubermittel, mit dem Frankfurter den Frankfurter retten will, vielleicht auch er selber nicht. Ohne sehr schwere Opfer wird es ganz bestimmt nicht abgehen. Ist Frankfurter der Mann, den belgischen Klassen solche aufzubürden? Es ist schwer zu glauben. Wird er versuchen, die Hauptlast auf die arbeitenden Massen abzumwälzen? Ein solcher Versuch würde an der Macht der Arbeiterklasse im Parlament und an der Entschlossenheit und Wadigkeit der sozialistischen Partei im Lande scheitern.